

# Offener Brief

Herrn Ministerpräsident W. Kretschmann  
des Landes Baden-Württemberg

– persönlich –

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Weg, den die Bundesregierung und die Bundesländer zur Eindämmung der sogenannten Corona-Pandemie beschlossen und bisher begangen haben, hat nicht zum erwarteten Erfolg geführt. Bei der Verlängerung des „Lockdowns“ versprach man die Verringerung der Zahlen der positiv Getesteten. Als der Erfolg ausblieb, verhängte man einen „scharfen Lockdown“. Als die Zahlen dennoch anstiegen, verschärfte man weiter. Auch jetzt, wo die Zahlen wieder sinken, senkt man die Grenzwerte und spricht von weiteren Verschärfungen. Führt man das so weiter, kommt es zum Dauer-Lockdown.

Dieser Tatbestand zwingt die Verantwortlichen, darüber nachzudenken, ob dieser Weg überhaupt der richtige ist. Sie müssen jetzt Bilanz ziehen, d. h. nachprüfen, welche schlimmen Folgen für den Staat und seine Bürger durch die Corona-Abwehr-Maßnahmen verursacht worden sind, und ob es noch verhältnismäßig ist, eine geringe Zahl von Menschen dadurch vor Krankheit und Tod zu schützen, dass eine große Zahl von Menschen samt Staat ins Unglück gestürzt werden.

Seit April 2020 bis 20.12.2020 waren laut RKI bundesweit 1.514.602 Menschen positiv getestet worden. Das sind etwas mehr als 1,8 % der Bevölkerung der BRD (83 Mio). Davon waren 380.748 „aktive Fälle“ gemeldet und aktuell (Anfang Februar 2021) sind es nur noch ca. 254.000. Sie machen ca. 0,3 % der Bevölkerung der BRD aus. Für Baden-Württemberg gelten ungefähr die gleichen Prozentzahlen. Wie wollen Sie die Verhältnismäßigkeit begründen, wenn wegen 0,3 % der Bevölkerung der Rest von 99,7 % wesentliche Einschränkungen von Grundrechten erfährt und diese in einer Weise durchgesetzt werden, die an polizeistaatliche Verhältnisse erinnert. Dabei werden die Grundrechtseinschränkungen mit einem drohenden Notstand in den Krankenhäusern begründet, gleichzeitig aber wurden im letzten Jahr mehr als 20 Krankenhäuser geschlossen und tausende Intensivbetten abgebaut. So spart man zwar einige Millionen, verschuldet sich aber aufgrund des erklärten Notstandes und des Herunterfahrens der Ökonomie mit Milliarden. Aus einer blühenden Wirtschaft wird ein Scherbenhaufen gemacht und zahlreiche berufliche Existenzen werden vernichtet.

Diejenigen, die diese Maßnahmen beschließen, bekommen weiter ihre Gehälter und erleiden keine Nachteile. Die Menschen dagegen, die von den Maßnahmen hart getroffen werden, sind

verzweifelt, sehen ihr Lebenswerk zerstört und werden nicht selten körperlich und psychisch krank. Es könnte dadurch mehr Leid, Kranke und Tote geben, als „Corona“ sie erzeugen kann, insbesondere angesichts der Tatsache, dass nur ein geringer Anteil der positiv getesteten Personen überhaupt Symptome entwickelt.

An die von den Maßnahmen betroffenen Menschen scheinen Sie nicht zu denken, jedenfalls merkt man es Ihren Reden und Handlungen nicht an. Natürlich verdient jeder, der an einer Krankheit leidet, Mitgefühl. Wenn Sie aber die Moralkeule wegen der „an oder mit Corona“ Gestorbenen schwingen, ohne die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf die Kollateralschäden einzubeziehen, ist das nicht angemessen.

Täglich sterben in Deutschland durchschnittlich ca. 2600 Menschen aufgrund verschiedener Krankheiten und anderer Ursachen. In der ARD-Sendung „hart aber fair“ vom 11.01.2021 kamen auch Kritiker der Regierungsstrategie zu Wort. Prof. Dr. Kekulé sagte, Covid-19 sei eine von vielen Krankheiten und keineswegs tödlicher als andere schwere Erkrankungen. An multiresistenten Krankenhauskeimen starben 2018 laut RKI 40.000 und 2019 20.000 Menschen. Er wies auch auf die Grippetoten der Winterhalbjahre 2016/2017 (22.900 Tote laut RKI-Statistik) und 2017/2018 (25.100 Tote) hin, die als Normalität betrachtet werden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Sterberate in der BRD des Jahres 2020 im normalen Schwankungsbereich der Raten der letzten zehn Jahre liegt. Es gab nach offiziellen Angaben 910.902 Todesfälle im Jahr 2016 und 954.878 im Jahr 2018 und laut [countrysmeters.info](http://countrysmeters.info) 904.270 Todesfälle im Jahr 2020. Die offizielle Statistikseite [statista.com](http://statista.com) spricht zwar von 972.155 Todesfällen im Jahr 2020 und damit von 38.000 Sterbefällen mehr als im Schnitt der Jahre 2016 – 2019. Betrachtet man die Zahlen allerdings demographiebereinigt, beachtet man also z. B. die starke Zunahme der Altersgruppen 80+ und 90+ und deren natürlicherweise gegebenen höheren Sterberaten, so erhält man sogar mit den Zahlen von [statista.com](http://statista.com) eine leichte Untersterblichkeit für das Jahr 2020. Sicher ist jedenfalls, dass wir im Jahr 2020 eine statistisch unauffällige Sterberate haben und es von daher nicht zu begründen ist, große Teile der deutschen Wirtschaft in Gefahr zu bringen und die Freiheitsrechte der Bürger so dramatisch zu beschneiden. Dies umso mehr, als es auch in Schweden (wenig „Corona-Maßnahmen“, keine „Lockdowns“) und in Weißrussland (keine „Corona-Maßnahmen“) im Jahr 2020 laut verschiedener Statistikseiten wie z. B. [indexmundi.com](http://indexmundi.com) (mit den Zahlen des CIA-Worldfactbook) keine signifikante Abweichung bei der Sterblichkeitsrate von den vorigen Jahren gab.

Wieso waren die politischen Akteure von heute eigentlich damals so schweigsam, als in den verschiedenen Grippewellen viele Menschen starben und wieso ist es ihnen im Jahr 2020 plötzlich so wichtig, jedes Leben zu retten, und dabei in Kauf zu nehmen, Staat, Wirtschaft, Kunst, Sport usw. an die Wand zu fahren und Depression, Krankheit und Tod in noch unbekanntem Ausmaß als

„Kollateralschaden“ hinzunehmen? Die an anderen Krankheiten gestorbenen Menschen und die Opfer der Corona-Bekämpfungsmaßnahmen scheinen Sie und die anderen Staatslenkerinnen und -lenker nicht in gleichem Maße zu berühren.

Immerhin zeigte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn einen Ansatz von Reue, als er zugab, man müsse sich für Fehler, die man gemacht habe, entschuldigen. Gemeint war wohl, dass man den ersten Lockdown ohne Not ausgerufen hatte, als der damals zum Maßstab gemachte R-Wert (Reproduktionswert) deutlich unter 1 (nämlich bei ca. 0,79) lag und das jährliche saisonale Infektionsgeschehen am Abflauen war. Hätten die Regierenden den Lockdown verhindern wollen, wäre das leicht möglich und gut begründbar gewesen, zumal das RKI erklärte, dass nur bei etwa 10% der Erkrankten ein schwerer Verlauf zu erwarten sei und nur bei alten, vorerkrankten Menschen die Infektion zum Tod führen könne. Auch der Vorgänger von Prof. Drosten an der Berliner Charité, Prof. Krüger, äußerte sich so, als er sagte, dass er „Corona“ nicht als schlimmer ansehe als die Grippe. Prof. Krüger äußerte sich schon bei der so genannten „Schweinegrippe-Pandemie“ mit Bedacht, während Prof. Drosten auf Panikmache setzte und vor hunderttausenden von Toten warnte. Wie sich zeigte, lag Prof. Krüger damals richtig, denn am Ende waren es gerade mal ca. 250 Todesfälle in Deutschland, die als Schweinegrippe-Tote gewertet wurden. In einem Artikel der Welt aus dem Jahr 2010 mit dem Titel: „Der enorme Schaden der Pandemie, die keine war“ und in der Arte-Doku mit dem Titel „Profiteure der Angst“ wurde der „Schweinegrippe-Pandemie-Skandal“ aufgearbeitet. Dr. Wodarg, damaliger gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, war an der Aufklärung beteiligt, Prof. Drosten stand auf der Gegenseite. Trotz der Skandale mit den vorigen „Pandemien“ (bei der „Vogelgrippe“ war ähnlich Panik gemacht worden wie bei der „Schweinegrippe“) wurde Anfang 2020 wieder auf die Panikmacher gehört und man startete ohne Notwendigkeit Ende März den Lockdown mit den bekannten katastrophalen ökonomischen Folgen.

Damit folgte man anscheinend einem Programm, das schon Jahre zuvor geschrieben worden war, und das nun womöglich um jeden Preis durchgezogen werden soll. In über mehrere Jahre immer wieder abgehaltenen „Übungen“ wurden von einer „Biosecurity“-Gruppe mit prominenter politischer Beteiligung Szenarien durchgespielt, bei denen es um den fiktiven Ausbruch von Pandemien ging. Eine Studie der Rockefeller Foundation beschrieb 2010 den Ablauf einer Pandemie-Krise in allen Einzelheiten, so wie wir sie jetzt erleben.

Die Bundesregierung legte 2013 eine „Risikoanalyse Bevölkerungsschutz Bund“ mit dem Titel „Pandemie durch Virus Modi-Sars“ mit der Drucksachenummer 17/12861 vor, in der ab Seite 55 ebenfalls eins zu eins beschrieben wird, was wir derzeit erleben. Das Robert Koch Institut (RKI) hatte die Analyse erstellt.

Zwei Monate vor dem Auftauchen des Corona-Virus, am 18. Oktober 2019, fand die Übung „Event 201“ statt, an der Führungskräfte globaler Konzerne, Jane Halton (lange bei der WHO tätig und Vorsitzende der von der Gates-Foundation initiierten CEPI, einer Partnerschaft von Pharmaindustrie, Regierungen und WHO zur Impfstoffentwicklung, die in der Corona-Krise eine Schlüsselrolle spielt), Hasti Tragi (Vizepräsidentin von NBC Universal, dem drittgrößten Medienkonzern der Welt), Avril Haines (Geheimdienst CIA zur Regierungszeit von Barak Obama), Stephan Redd (Leiter der Abteilung für Notfallplanung der US-Seuchenschutzbehörde CDC), George F. Gao (Direktor der chinesischen Seuchenschutzbehörde) und Michael Ryan (seit 2019 WHO-Direktor für Gesundheitsnotfälle und seit 2020 Chefkrisenmanager der WHO für Covid-19) teilgenommen haben und die von der Bill und Melinda Gates Stiftung gesponsert worden war. Geprobt und besprochen wurde der fiktive Ausbruch eines „Neuen Corona-Virus“.

Es hatten sich demnach prominente Persönlichkeiten zusammengefunden, von denen einige kurze Zeit später in der Corona-Krise eine wichtige Rolle spielen sollten. So entdeckte der chinesische Teilnehmer Gao kurze Zeit nach dem Planspiel einige wenige Fälle einer atypischen Lungenentzündung in China, vermutete eine Infektion mit einem „neuartigen Corona-Virus“ und meldete den Sachverhalt umgehend an die WHO, von wo aus kurze Zeit später „planspielgemäß“ eine Pandemie ausgerufen wurde. Noch bevor genaue Daten zu dem „neuartigen Corona-Virus“ bekannt gegeben wurden, hatte dann Prof. Drosten bereits seinen durchaus zweifelhaften (mehr dazu weiter unten) PCR-Test erstellt, der alsbald von der WHO als brauchbarer Test anerkannt wurde.

Bei dem „Corona-Planspiel“ war es als wesentliche Aufgabe für Medien, Politik und Wissenschaft angesehen worden, die Angst vor einem Massensterben und staatlicher Überforderung zu schüren, damit die Bevölkerung den Ausnahmezustand mit erheblichen Freiheitsbeschränkungen akzeptiert und die Notwendigkeit der Beschaffung von Impfstoffen einsieht, ganz so, wie es in der realen Situation der „Corona-Krise“ dann gehandhabt wurde.

Der Vorsitzende des Impfstoffentwicklungsverbandes CEPI erklärte, man müsse aktiv Anreize setzen, damit die Menschen ihr Verhalten in die Richtung verändern, „die wir sehen wollen“ (Johns Hopkins Center for Health Security, 04.11.2019, Videomitschnitt). Die Medienunternehmen sollten sich verpflichten, „dafür zu sorgen, dass amtlichen Botschaften Vorrang eingeräumt wird und dass falsche Botschaften unterdrückt werden, auch mit Hilfe von Technologie“ (Webseite Event 201). Dieses international von Interessengruppen und Politik beschlossene Vorgehen, von dessen Planung Frau Merkel möglicherweise wusste – sie hatte mit Bill Gates, der seit Jahren vor Pandemien warnt und nach eigener Aussage die ganze Menschheit impfen will (wobei gerade in armen Ländern sauberes Wasser, ausreichend Nahrung und soziale Sicherheit wahrscheinlich wichtiger wären), im

Vorfeld mehrfach gesprochen – wird mit Hilfe der Landesregierungen durchgezogen, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Zahlen und die Interessen der Bürger zu nehmen.

Da der jetzige Weg der staatlichen Akteure zu einem Dauerlockdown führt, muss, wenn man das nicht will, das System geändert werden. Das äußerte auch in der oben genannten Gesprächsrunde „hart aber fair“ der anwesende Wirtschaftswissenschaftler. Prominente Sachverständige erklärten schon mehrfach, man müsse lernen, mit dem Virus zu leben, wie mit anderen u. a. durch Viren und Bakterien erzeugten Krankheiten auch.

Jetzt müssen die Politiker tätig werden, um unsere Gesellschaft zu retten. Sie dürfen nicht die „Staatsvirologen“, mit den anderen weltweit anerkannten Medizinerinnen und Wissenschaftlern redet man ja bisher nicht, die Vorgaben machen lassen, wie der Staat zu lenken ist. Die Regierungen haben die Maßnahmen zu treffen, die verhindern, dass unserem Land weiter Schaden zugefügt wird. Der Weg dahin ist relativ einfach. Folgende Punkte sind dabei zu beachten:

1. Beenden Sie die Angstkampagne, die spätestens mit den ersten sechs für die BRD Anfang März 2020 gemeldeten „Corona-Toten“ begann und u. a. darin besteht, die Zahlen immer weiter aufzuaddieren, statt sie von Saison zu Saison neu zu zählen, wie bei der Grippe auch, um nur ein Beispiel zu nennen. Schon der Beginn der „Krise“ wirkt wie die genaue Umsetzung des „Drehbuchs“ der Pandemieübung Event 201, bei der auch vereinbart worden war, dass die Johns Hopkins Universität täglich (angsteinflößende) Zahlen nennen soll. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder machen das bis heute zu Lasten der Bürger mit. Werden sie hier ihrem Amtseid, Schaden vom Volk abzuwenden, wirklich gerecht? Wird gar Druck auf die Länder ausgeübt, dem schließlich auch Herr Ramelow folgen musste, der sich zunächst gegen schärfere „Corona-Maßnahmen“ ausgesprochen hatte?

Die Bürger durch Angst zum Gehorchen zu bringen, ist offenbar Teil des Programms.

Möglicherweise haben unkritische Menschen dadurch auch übertriebene Angst vor dem Virus, viele Künstler, Arbeitnehmer, Unternehmer, Sportler, Journalisten etc. haben jedenfalls eine reale Angst, ihren Job zu verlieren oder sich horrend hohen Bußgeldern auszusetzen, da mit massiven polizeistaatlichen Mitteln versucht wird, noch die extremsten Verbote durchzusetzen. Es wurde ein „Gesslerhut“ in Form von zahlreichen Maßnahmen installiert, vor denen sich jeder Bürger „verbeugen“ muss.

Selbst Polizisten geben mitunter zu, dass es unverständliche Verordnungen gibt. So erscheint es absurd, ein Ausgehverbot nach 20 Uhr in Dörfern oder Kleinstädten zu erlassen, obwohl dort nachts ohnehin kaum Menschen unterwegs sind, insbesondere wo Kneipen und Gaststätten geschlossen sind. Dass nicht einmal Ski in den Mittelgebirgen gefahren werden darf, obwohl seit langer Zeit mal wieder viel Schnee liegt, bringt die Bahnenbetreiber in

wirtschaftliche Schwierigkeiten. Kindern das Rodeln zu verbieten und das mit Polizeigewalt durchzusetzen, setzt dem Verbotsreigen die Krone auf. In der Schweiz, zum Vergleich, sind die Skigebiete weitgehend geöffnet und Rodeln erlaubt, ohne dass davon die Menschen krank würden. Zum Zwecke des angeblichen Gesundheitsschutzes wird alles verboten, was die Menschen glücklich macht und gesund erhält. Wenn jemand im Jahr 2019 prognostiziert hätte, der Staat würde im kommenden Jahr seinen Bürgern eine Gesichtsmaske aufzwingen und ihnen das Ausgehen, das Sporttreiben und die Berufsausübung verbieten, so hätte man ihn für verrückt erklärt oder vermutet, dass er vielleicht von Nordkorea spricht.

In den meisten Bundesländern ist das Tennisspielen in der Halle angeblich wegen des gefährlichen Virus verboten (Stand Februar 2021). Nicht aber in Hessen, wo weiter mit Freude Tennis gespielt wird. Offenbar nimmt niemand Schaden daran. Wenn Sie, wie es Ihre absolute Pflicht wäre, Grundrechtseinschränkungen ständig auf ihre tatsächliche Notwendigkeit hin überprüfen würden, so müsste umgehend überall das Tennisspielen wieder erlaubt werden. Entsprechendes gilt für die Demonstrationen: Bei den meisten Demonstrationen im Jahr 2020 wurden häufig sowohl die Maskenpflicht als auch die Abstandsregel missachtet. Aber auch daran nahm niemand Schaden. Es gab keine Berichte über zusätzliche Infektionen. Im Grunde handelte es sich um einen großen Feldversuch mit dem Virus. Statt die Demonstranten zu kriminalisieren, hätte man im Gegenteil daran erkennen können, dass die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen nicht gegeben ist.

Mit dem nun angeblich neu aufgetauchten „mutierten“ Virus (englisch oder südafrikanisch?) wird wieder Angst gemacht (siehe „Drehbuch“), nachdem der Eifer der Bürger, brav zu sein, nachlässt. Obwohl bislang nur vermutet wird, dass er gefährlicher ist als andere Krankheitserreger, wird vor ihm als neue Bedrohung gewarnt, weshalb man nun erst recht die harten Maßnahmen aufrechterhalten müsse. Angst macht krank und schwächt das Immunsystem. Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung und der Landesregierungen haben die Panikmache zum politischen System erhoben. Hören Sie auf damit und folgen Sie Ihrem Amtseid.

2. Beenden Sie umgehend die Desinformation der Menschen. Als bekennender Christ müssten Sie dafür sorgen, dass die Menschen nicht mit falschen Zahlen getäuscht werden.

Verschweigen ist dabei wie lügen!

a) Obwohl die Bundesregierung und die Länderregierungen sowie alle Experten wissen, dass positiv Getestete nicht gleichzusetzen sind mit Infizierten, werden bei den täglich mitgeteilten Zahlen die positiv Getesteten als „Neuinfizierte“ bezeichnet. Das ist eine Irreführung der Menschen, die das kritiklos übernehmen, weil sie der Regierung vertrauen. Sie hätten darüber aufzuklären, dass der PCR-Test nicht geeignet ist, per se eine Infektion

nachzuweisen. Nicht nur der Begründer des PCR-Testverfahrens Kary Mullis, sondern auch die Hersteller selbst verweisen auf diese Tatsache. Auch die WHO erklärte (laut einer Mitteilung vom 20. Januar 2020), dass es für die Feststellung einer Infektion sicherer ist, eine entsprechende ärztliche Diagnose zu haben. Bis zum Jahr 2019 war dies auch anerkannte medizinische Praxis. Wer sich gesund fühlte und keinerlei Krankheitssymptome aufwies, war auch gesund und wie alle anderen auch ein ganz normaler Bürger dieses Landes. Seit 2020 steht praktisch jeder unter Generalverdacht ein „Lebensgefährder“ zu sein und wird, selbst wenn er vollkommen gesund ist, teilweise wie ein Krimineller behandelt. Sie, Herr Kretschmann, sind als Politiker den Bürgern und Steuerzahlern gegenüber in der Verantwortung und nicht ihr Vormund. Die Bürger vor einer solch demütigenden Behandlung zu schützen, wäre Ihre allererste Pflicht. Stattdessen heizen Sie mit Ihren „Virusstheorien“ („das Virus ist nicht berechenbar“ oder „das Virus kennt keine Gerechtigkeit“) fernab einer echten Abwägung von Risiken und Nebenwirkungen die Verfolgung und Entrechtung unschuldiger und kerngesunder Menschen noch an. Wegen einer „milden Erkrankung, einer Erkältung, bei der die meisten nicht einmal merken, dass sie sie haben bzw. hatten“ (Zitat Prof. Dr. Drosten bei einer Bundespressekonferenz vom 2. März 2020), die die Sterberate in keinem europäischen Land signifikant erhöht hat (wie oben schon erwähnt auch nicht in Schweden mit wenig Maßnahmen und auch nicht in Weißrussland, wo es gar keine „Corona-Maßnahmen“ gab), deren „Abwehrmaßnahmen“ aber schwerwiegende Kollateralschäden fordert (die Organisation Oxfam spricht von über 100 Millionen zusätzlicher Todesopfer durch Hunger im Jahr 2020), die Menschen zu gängeln, zu entrechten und in Form von Berufsverboten und riesigen zusätzlichen Staatsschulden quasi zu enteignen, ist m. E. ein Skandal.

Dabei wird bei dem PCR-Test anscheinend sogar auf eine echte Validierung verzichtet. Die Hersteller der Tests müssen anscheinend nicht angeben, welche RNA-Vergleichssequenzen darin verwendet werden. Die Zellbestandteile, die bei einem PCR-Test untersucht werden und ggf. zu einem positiven Ergebnis führen, können anscheinend auch aus einer bereits überwundenen Virusinfektion, einer Kontamination oder einem zellulären Stoffwechselvorgang stammen, und müssen nicht zu einer Infektion führen können. Da der Test allenfalls Virusbestandteile findet, kann man von dem Testergebnis nicht ableiten, ob jemand tatsächlich infiziert ist, ob jemand Symptome entwickeln wird, oder ob die Person ansteckend ist. Sicher ist, dass unter den zahlreichen mir bekannten Personen, die positiv getestet wurden, und unter denjenigen, die auch ohne positiven Test als „Kontaktpersonen“ in „Quarantäne“ mussten, noch keine dabei war, die ernsthafte Symptome einer Krankheit entwickelt hätte.

Eine Untersuchung des PCR-Tests beziffert die Fehlerquote mit 1,4 % (Instad Ringversuch). Eine Arbeit von Prof. Drosten geht von nur 0,96 % falsch positiven Tests aus, wobei er seinen eigenen Test möglicherweise zu günstig beurteilt. Aber selbst wenn diese geringen Werte Gültigkeit hätten, hieße das: Wenn man 1000 gesunde Menschen testet, würden im Schnitt zwischen 10 und 14 Personen falsch positiv sein. Der Test wäre also positiv, obwohl der Mensch gesund ist. Bei einer Anzahl von 1,6 Millionen Tests pro Woche, wie sie gegen Ende 2020 durchgeführt und wofür viele Millionen Euro an Steuergeldern aufgewendet wurden, ergibt dies zwischen 16.000 und 22.400 kerngesunde, aber positiv getestete Personen. Aufgrund dessen erklärte Gesundheitsminister Spahn in einem Fernsehinterview, dass es nicht sinnvoll sei, die Tests bei gesunden Menschen durchzuführen, weil dabei zu viele falsch positive Ergebnisse zu erwarten wären. Trotzdem wird weiter massenhaft getestet und jede positiv getestete Person hat mitsamt ihrem Umfeld empfindliche Freiheitseinschränkungen und andere rechtliche Nachteile zu ertragen. Sie, Herr Kretschmann, der als Ministerpräsident die Rechte und das Wohl der Bürger des Landes zu schützen hätten, nehmen diesen Zustand einfach so hin und lassen die betroffenen Bürger, die Ihnen vertrauen, im Stich.

Im Rahmen einer Studie der Universität von Manitoba wurden Versuche durchgeführt, die zeigten, dass nur ca. 29 % der positiv getesteten Personen infektiös sind. In Wuhan wurde bei einer Untersuchung einer Bevölkerungsgruppe von ca. 10 Mio Menschen festgestellt, dass die Weitergabe einer Corona-Infektion durch asymptomatische Personen verschwindend gering ist. Die Regierungen hätten dies im Zusammenhang mit den Tests klarzustellen und die Benachteiligung gesunder Menschen durch drakonische Maßnahmen sofort einzustellen. Im Landkreis Gütersloh wurden nach dem „katastrophalen Ausbruch der Todesseuche“, ausgehend von einem Schlachtbetrieb der Firma Tönnies, den Bürgern des ganzen Landkreises Einschränkungen ihrer Grundrechte auferlegt. Im Bundestag wurde damit sogar die unbefristete Verlängerung des Notstandes („epidemische Lage nationaler Tragweite“) begründet, aber was war das Ergebnis: Nur wenige Personen mussten wegen des Verdachts auf eine Lungenentzündung ins Krankenhaus. Es gab keine schweren Fälle und keine Todesopfer. Aber statt Entwarnung zu geben, sich für die Einschränkung der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern zu entschuldigen und zuzugeben, dass die vielen tausend positiven Tests offenbar ohne Aussagekraft für das tatsächliche Infektionsgeschehen waren, wurde weiter Panik geschürt und zahlreiche zweifelhafte „Corona-Abwehrmaßnahmen“ aufrechterhalten.

b) Weitere Unredlichkeiten gab es mit der Anzahl der Tests. Im Frühjahr 2020 wurden ca. 315.000 Tests durchgeführt. In den Folgemonaten wurde dann auf 800.000 und danach auf

1,6 Mio Tests pro Woche erhöht. Die Anzahl der täglich in den Nachrichten vermeldeten „Neupositiven“ (so werden sie in der Schweiz genannt) wurde aber in absoluten Zahlen angegeben und nicht im Verhältnis zur Anzahl der Tests. Da lag der Anteil der Positiven nämlich lange Zeit bei ca. 1 - 1,5 %, was ziemlich genau der auch von den Testherstellern angegebenen false-positive-Rate entsprach. Statt auf diese gleich bleibend niedrige Rate von Testpositiven zu verweisen und die Bürger zu beruhigen (und mit den teuren und offenkundig sinnlosen Tests an gesunden Personen aufzuhören), sprach man faktenwidrig von einer exponentiell steigenden Anzahl von Neuinfektionen, was gleich einer doppelten Unwahrheit entsprach. Auch bei dem moderaten zwischenzeitlichen Anstieg der Testpositivenrate, der möglicherweise auf die Erhöhung der Zyklenzahl zurückzuführen war, konnte nicht wie des Öfteren behauptet von einem exponentiellen Anstieg die Rede sein.

Eine weitere zweifelhafte Methode wurde angewendet, die letztlich zu einem zweiten Lockdown führte. Statt wie zuvor auf den R-Wert zu schauen, der noch im Sommer als entscheidendes Kriterium genannt worden war, wurde dieser plötzlich nicht mehr als wichtig erachtet. Stattdessen erhob man nun 50 „Neuinfektionen“ pro Woche auf 100.000 Einwohner zum neuen Maßstab. Ein Teilnehmer der oben schon zitierten „hart aber fair“ Runde bezeichnete das als willkürlich. Tatsächlich ist das ein Wert, den man bei genügend Tests immer herbeiführen und überschreiten kann. Er ist also dazu geeignet, selbst eine völlig gesunde Bevölkerung auf unbestimmte Zeit in den Lockdown zu schicken und ihre Lebensgrundlage zu zerstören. Das habe ich einige Wochen vor dem 2. Lockdown dem Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises geschrieben und betont, dass diese vorsätzliche Herbeiführung eines Lockdowns den Bruch des Amtseides bedeutet, der die Regierenden und ihre Ausführungsorgane dazu verpflichtet, Schaden vom Volk abzuwenden.

Fazit: Wenn Sie weitere Lockdowns verhindern wollen, so stellen Sie das Testen gesunder Personen ein, eine Maßnahme, die auch Gesundheitsminister Jens Spahn empfohlen hat, und heben Sie die willkürlich gesetzten Grenzen (50/100.000) auf. Dies forderten auch die Professoren R. Gottschalk (Leiter des Gesundheitsamtes Frankfurt am Main) und Streeck (laut der Süddeutschen Zeitung „der Star-Virologe aus Bonn“) in TV-Gesprächsrunden. Deren Qualifikation dürfte kaum geringer sein als die von Prof. Drosten, der schon bei der Schweinegrippe schwere Fehleinschätzungen produzierte, wobei schon damals der Verdacht bestand, dass manches „auf Bestellung“ geschehen ist, wie die Arte-Doku „Profiteure der Angst“ nahe legt. Für die 50/100.000er Grenze gibt es keinen medizinischen Grund. Hätte man sie auf 200/100.000 angehoben, so wäre es nicht zu einem 2. Lockdown gekommen. Nimmt man noch die Tatsache hinzu, dass die positiv Getesteten in Wirklichkeit keine

„Neuinfektionen“ sind, dann legt das den Schluss nahe, dass die Lockdowns bewusst herbeigeführt worden sind, ohne einen medizinischen Nutzen zu haben und mit einem gigantischen Schaden wirtschaftlicher und auch gesundheitlicher Art einhergehen.

Professor Matthias Schrappe warnte am 29.11.2020 vor einem Dauer-Lockdown und antwortete in einem Interview auf die Frage, ob diese 50/100.000er Grenze überhaupt Sinn macht, mit einem klaren „Nein“. Professor Schrappe war von 2007 – 2011 Vizechef des von der Bundesregierung berufenen Sachverständigenrates für Gesundheit. Er betonte in der Bildzeitung, dass dieses Ziel unerreichbar sei und zu einem Unendlich-Lockdown führen werde. Wörtlich wird er wie folgt zitiert: „Ein Wert von 50 pro 100.000 Einwohnern ist ein unerreichbares Ziel. ...Und ein unerreichbares Ziel auszugeben, ist keine gute Politik, denn die Bevölkerung wird in einen Dauer-Schockzustand versetzt.“ Der Bericht fährt wie folgt fort: „Der Mediziner hält das Bild einer „zweiten Corona-Welle“ für falsch. Es sei keine Welle, die man brechen könne, es sei kein kontinuierliches Ansteigen. Deshalb sei auch ein Wellenbrecher-Lockdown wirkungslos. Prof. Schrappe erklärte weiter, es sei falsch, die Bevölkerung in Schrecken zu versetzen.

c) Falsch informiert wird auch über die angeblich fehlenden Intensivbetten. Mehr als 20 Krankenhäuser wurden im Laufe des letzten Jahres aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen, tausende Intensivbetten abgebaut. Die Intensivstationen müssen, um einigermaßen wirtschaftlich arbeiten zu können, zu 80 % - 90 % belegt sein. So war es auch jetzt. Die Krankenhäuser werden also nicht von Corona-Patienten überschwemmt, wie man die Öffentlichkeit glauben lassen will, denn diese machen nach wie vor nur einen überschaubaren Teil bei der Intensivbettenbelegung aus. Zu bedenken ist auch, dass die Krankenhauspatienten zum Teil mehrfach auf Corona getestet werden (zur zweifelhaften Qualität des Tests in Bezug auf die Überprüfung einer Corona-Infektion siehe oben) und bei einem positiven Ergebnis automatisch als „Corona-Patienten“ geführt werden, auch wenn sie gar keine Infektion haben, sondern z. B. wegen einem Herzinfarkt im Krankenhaus sind. Anscheinend erhalten die Krankenhäuser für positiv-getestete Patienten auch noch zusätzliche Zahlungen, was dazu führt, dass man eben möglichst viele Patienten mit positivem Corona-Test haben will.

d) Die angegebenen Corona-Todesfallzahlen sind ebenfalls eine Täuschung der Bürger. Ob überhaupt jemand „an“ Corona gestorben ist, kann man nicht feststellen, weil – wie Herr Prof. Wieler vom RKI einräumt – ohne Obduktion keine sichere Feststellung der Todesursache getroffen werden kann. Außerdem werden sogar alle Gestorbenen noch getestet und, wenn sie positiv sind, als Corona-Verstorbene registriert. Das RKI hat auf Rückfrage bestätigt: „Wir melden alle Fälle von Verstorbenen, die Covid-19 positiv sind, als

Covid-19-Sterbefall.“ Das dient offenbar nicht einer korrekten Zählung, sondern eher zur Panikmache in der Bevölkerung.

e) Zur Ehrlichkeit, die es in Sachen „Corona“ von Seiten der Behörden nur in Bruchstücken zu geben scheint, würde auch die Information gehören, wie alt die Betroffenen bei ihrem Tod waren und welche Vorerkrankungen sie hatten. Das durchschnittliche Alter der an oder im Zusammenhang mit Corona Verstorbenen liegt in Deutschland über der statistischen Lebenserwartung. Wie man aus Norwegen und aus anderen Ländern hört, hat es zahlreiche Todesfälle in zeitlicher Nähe zur Impfung mit dem Impfstoff von Biontech/Pfizer gegeben. In Norwegen werden gerade 29 solcher Todesfälle untersucht. Die Behörden drängen aber darauf mitzuteilen, dass die betroffenen Personen schon alt gewesen seien und Vorerkrankungen gehabt hätten. Die Impfung sei also vermutlich nicht todesursächlich. Genau das wird aber bei „Corona-Toten“ nicht getan. Da ist es für die Behörden offenbar unerheblich, dass bisher die Todesursache bei einem Patienten mit Krebs im Endstadium die Krebserkrankung war und nicht eine zusätzliche Infektion am Lebensende. Mit einem positiven Test ist er für die Statistik dennoch ein „Corona-Toter“. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen und Sie müssen sich fragen lassen, warum das so gehandhabt wird.

3. Zusammenfassend ist festzustellen:

a) Die Lockdowns haben von den Zahlen her nichts gebracht, sie hatten keinen medizinischen Nutzen.

b) Bei vernünftigen Vorgaben hätte es sie gar nicht geben dürfen.

c) Sie haben ungeheures Leid über unsere Mitbürger gebracht, die vielfach ihre Lebensplanung begraben müssen, ihr Lebenswerk vernichtet sehen und psychisch und physisch krank werden, wie es von vielen Medizinern bestätigt wird. In anderen Ländern sind die Kollateralschäden der „Corona-Maßnahmen“ oftmals noch schlimmer. Man spricht bei Oxfam wie oben schon erwähnt von weit über 100 Mio mehr Hungertoten im Jahr 2020 wegen der „Corona“-bedingten (in Wirklichkeit aber „Corona-Maßnahmen“-bedingten) wirtschaftlichen Einbrüche. Aber auch hier in Deutschland sind die Folgen teilweise verheerend. Viele Menschen verlieren Beruf und Vermögen. Die Menschen unseres Landes werden durch die „Corona-Maßnahmen“ in ihrem Leben massiv eingeschränkt und viele von ihnen erhalten auf unbestimmte Zeit ein Berufsverbot. Staatliche Hilfen fließen schleppend bis gar nicht oder sind verbunden mit Fallen „im Kleingedruckten“. Zahlreiche mir bekannte Personen stehen vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und das obwohl sie ihr Unternehmen über Jahre erfolgreich aufgebaut und betrieben haben.

Sie, Herr Ministerpräsident, und die anderen Verantwortlichen für dieses staatliche Vorgehen scheinen mir die damit einhergehende menschliche Not nicht ausreichend zu

berücksichtigen. Mitleidsbekundungen von Politikern und Almosen vom Staat helfen da wenig. Wie soll der Staat auch helfen können, wenn die Ökonomie sehenden Auges an die Wand gefahren wird. Es steht mittlerweile um viele Unternehmen und Menschen hier im Lande schlecht, nur weil Sie und die anderen verantwortlichen Politiker in einer Art „Corona-Tunnel“ zu sein scheinen und nicht den Mut oder die Moral aufbringen, ihren Tunnelblick aufzugeben. Sie fügen vielen Menschen großes Leid zu mit der Behauptung, sie schützen zu wollen. Die Alten wollen Sie angeblich besonders schützen. Sie bringen sie aber mit Ihren Maßnahmen möglicherweise früher ins Grab. Gerade die Alten (ähnlich die Kinder) brauchen soziale Kontakte und Lebensfreude. Sie verzweifeln, wenn sie nicht in ihre Turnstunde, in den Chor, zum Boulespielen, ins Konzert, zu ihren Skatfreunden oder zu anderen gemeinsamen Aktivitäten gehen können. Freudige Teilhabe am Leben müssen sie haben, wenn sie nicht vereinsamen sollen. Sie und andere Verantwortliche nehmen den Bürgern Freude, Fröhlichkeit und Lebensmut und damit dringende Voraussetzungen für ein gesundes und zufriedenes Leben. Darüber hinaus wird die Ökonomie so massiv geschädigt, dass wir möglicherweise einer Inflation entgegengehen (denn die Wirtschaftsleistung geht zurück bei gleichzeitiger Geldvermehrung durch die EZB) und die Jugend das alles zu tragen haben wird.

Noch kann eine große Zahl der Menschen mit der Behauptung in die Irre geführt werden, ihre Existenz würde nur zu deren eigenem Schutz zerstört. Aber wenn in diesem Jahr die wirtschaftliche Not noch größer wird, werden das bald nicht mehr viele glauben. Man hört, dass völlig gesunde Mitbürger, bei denen nur ein vager Verdacht auf eine mögliche Infektiosität besteht, als so genannte „Quarantäneverweigerer“ in „Sammelstellen“ gesperrt werden sollen. Werden bald Menschen, die sich nicht mit einem Impfstoff behandeln lassen wollen, dessen Folgen noch unbekannt sind und dessen Wirkung zweifelhaft ist, ebenfalls einer „Sonderbehandlung“ zugeführt? Was vor einem Jahr noch undenkbar war, wird mittlerweile von vielen Menschen befürchtet. Ich hoffe sehr, dass Sie der Inhalt dieses Briefes etwas aufrütteln kann, Sie sich auf Ihre christliche Herkunft und auf Ihren Amtseid besinnen und Sie so schnell wie irgend möglich darauf hinwirken, alle unverhältnismäßigen „Corona-Maßnahmen“ aufzuheben.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass nicht nur Sie als führender Landespolitiker, sondern auch ich als einfacher Bürger einen Beitrag für unser Land geleistet habe. Ich war bereits in jungen Jahren Übungsleiter im Turnverein und im Turngau und auch sonst in vielen Ehrenämtern tätig, z. B. als Sportwart und Vorstand in Sportvereinen. Ich war lange Jahre Stadtrat und Kreisrat, war Mitglied der Programmkommission der SPD, habe eine Ortsgruppe von Amnesty International

mit aufgebaut, habe eine Initiative für eine KZ-Gedenkstätte unterstützt, war für den Badischen Turnerbund aktiv, war 25 Jahre lang Vorsitzender Richter des Bundesschiedsgerichtes des Deutschen Turnerbundes, war Bundestags- und Bürgermeisterkandidat und vieles mehr. Außerdem bin ich mit meinen 85 Jahren immer noch gelegentlich als Anwalt tätig und blicke auf ein erfahrungsreiches Leben zurück, das 1935 begann, als Deutschland schlimme Jahre bevorstanden. Ich will weder von Ihnen noch von einem Herrn Spahn durch Isolation, Vereinsamung, Entrechtung und Enteignung „geschützt“ werden. Ich appelliere dringend an Sie, setzen Sie sich auch mit Wissenschaftlern zusammen, die den Maßnahmen kritisch gegenüberstehen und die Interessen der großen Mehrheit der Menschen, die unter den Maßnahmen leiden, miteinbeziehen. Ich hoffe darauf, Sie zum Nachdenken bewegen zu können, insbesondere da Sie als engagierter katholischer Christ und Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken sowie als Mitglied der Gesellschaft Oberschwaben für Geschichte und Kultur an der Zerstörung unserer Heimat und der Entrechtung der Bürger kein Interesse haben können.

Mit freundlichen Grüßen

RA Otto Brian